

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 03.05.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus
Kleiner Saal
Marktplatz2
06108 Halle

Zeit: 16:00 Uhr bis 17.55 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende SPD
Herr Andreas Schachtschneider CDU ab 16.30 Uhr anwesend
Frau Heike Wießner CDU
Frau Ute Haupt DIE LINKE.
Herr René Trömel DIE LINKE.
Herr Klaus Hopfgarten SPD bis 18.00 Uhr anwesend
Frau Katja Raab FDP

Frau Sabine Wolff MitBürger für
Halle - NEUES FORUM
Frau Dr. Inés Brock BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN

stimmberechtigte Mitglieder (Freie Träger)

Frau Schubert
Frau Masur
Herr Dölle
Herr Kramer
Frau Gellert

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Hendrik Kluge
Herr KR Ralf Berger
Frau Renate Leonhard
Herr Rene Moses
Frau Anja Pohl
Frau Carmen Wiebach
Frau Katharina Brederlow
Herr Tobias Kogge
Herr Mirko Petrick
Frau Petra Schneutzer

Entschuldigt fehlen:

Frau Antje Klotsch
Frau Susanne Wildner
Frau Ilona Hackel
Frau Janice Windisch
Frau Carola Messerschmidt
Herr Richter Bruno Glomski
Frau Tatjana Privorozkaja

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde und fragte, ob Kinder und Jugendliche anwesend sind und etwas vortragen möchten. Dies war nicht der Fall. Die Sprechstunde wurde sofort wieder geschlossen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), eröffnete die Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Sie sprach an, dass der Zeitrahmen für den öffentlichen Teil begrenzt bleiben sollte, da heute im nichtöffentlichen Teil die Prioritätenvorlage auf der Tagesordnung steht. Um 19 Uhr beginnt das Kinderchorfestival, wo einige Mitglieder eine Einladung erhalten haben.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), stellte die Tagesordnung fest. Sie fragte an, ob es Änderungswünsche hierzu gibt. Dies war nicht der Fall. Der Tagesordnung wurde ohne förmliche Abstimmung zugestimmt.

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.04.2012
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Fachgespräch zur Schnittstelle Jugendhilfe/Psychiatrie
Gäste: Vertreter des "Labyrinth e.V." und "Seelensteine in Halle"

6. Beschlussvorlagen
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
- 9.1. Integrierte Schul- und Hortentwicklungsplanung
Vorlage: V/2012/10564
- 9.2. Quartalsbericht zu Hilfen zur Erziehung und Kindertagesstätten
- 9.3. Anträge Auenschule, Kita Traumland/Sausewind und Kita Schimmelstraße im Rahmen des Programms STARK III
Vorlage: V/2012/10480
10. Themenspeicher
11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
12. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.04.2012

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), fragte an, ob es Änderungswünsche zur Niederschrift vom 12.04.2012 gibt.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass sie die schnelle Überarbeitung der Verwaltung zum Spielplatz Am Preßlersberg gelobt hat, dies aber nicht in der Niederschrift enthalten ist. Dies wird noch aufgenommen.

Die Niederschrift wurde mit dieser Ergänzung genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, dass zur nächsten Sitzung die Bekanntgabe der nichtöffentlichen Beschlüsse erfolgt.

zu 5 **Fachgespräch zur Schnittstelle Jugendhilfe/Psychiatrie** **Gäste: Vertreter des "Labyrinth e.V." und "Seelensteine in Halle"**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), begrüßte zum Fachgespräch die Vertreterinnen des Labyrinth e.V., Frau Elias (Geschäftsführerin) und Frau Voigt (Dipl.Pädagogin). Vom Gesundheitsamt wurde von der Sozialpsychiatrischen Beratungsstelle der Leiter des Teams Kinder und Jugendliche, Herr Dipl.-Psychologe Herr Rasom begrüßt. Die Vertreterin der Seelensteine zu Halle, Frau Schliebs, kam etwas später und wurde dann noch begrüßt.

Frau Katharina Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) informierte eingangs darüber, dass für den Jugendhilfeausschuss am 05. Juli die Psychiatrieplanung auf der Tagesordnung stehen und ein Vertreter des Gesundheitsamtes hierzu mit anwesend sein wird. Für das heutige Fachgespräch sprach sie aus Sicht des Jugendamtes an, dass es zur Thematik Schnittstelle Jugendhilfe/Psychiatrie unterschiedliche Wahrnehmungen gibt. Es gibt psychisch kranke und psychisch auffällige Kinder und Jugendliche. Die Fälle, bei denen die Jugendhilfe Jugendliche über die Psychiatrie zugewiesen bekommt, werden immer schwerere Fälle. Es handelt sich hierbei oftmals um Jugendliche mit verfestigten Auffälligkeiten. Ein großes Thema ist auch immer wieder die geschlossene Unterbringung. Hier gibt es auf Grund geschichtlicher Ursachen (Jugendwerkhöfe zu DDR-Zeiten) eine hohe Sensibilisierung. Eine geschlossene Unterbringung wird über die Gerichte angeordnet. Es handelt sich hierbei oft um Einzelfälle mit Einzelschicksalen, wo eine Unterbringung für diese Jugendlichen sehr schwierig ist. In der Jugendhilfe werden Lösungen benötigt. Politik soll unterstützend tätig werden. Letztendlich landet es auf dem Tisch des örtlichen Trägers, also des jeweiligen Jugendamtes. Der § 35 a SGB VIII „Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche“ spielt hier eine große Rolle. Die Träger haben ihre unterschiedlichen Erfahrungen gemacht.

Herr Dipl.-Psych. Rasom stellte sich dem Jugendhilfeausschuss vor. Aus seiner Sicht ist eine Schnittstelle die Stelle, wo unterschiedliche Systeme keine unterstützende Hilfe mehr leisten können. Er sprach an, dass er sowohl in der Jugendhilfe als jetzt in der Sozialpsychiatrischen Beratungsstelle tätig ist und somit beide Bereiche kennt. Die Zusammenarbeit Psychiatrie/Jugendhilfe hat sich grundlegend geändert. Es wurde eine systemische Sicht auf Kinder, Jugendliche und deren Familien entwickelt. In der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist die Notwendigkeit angekommen, mit der Jugendhilfe zusammen zu arbeiten, dies war vor 20 Jahren noch nicht so ausgeprägt wie heute. Er sprach an, dass die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie e.V. festgestellt hat, dass ca. 18% der Kinder und Jugendlichen in Deutschland psychische Auffälligkeiten aufweisen, dies würde gemessen an der Gesamtzahl der Kinder und Jugendlichen von 2011 ca. 530 Kinder und Jugendliche betreffen. Er sprach an, wie die Versorgung in Halle hierzu aussieht. Im St. Barbarakrankenhaus findet eine stationäre Arbeit hierzu statt. Es sind in Halle 9 Kinder- und Jugendpsychotherapeuten zugelassen und 2 Kinderärzte verfügen über eine Zusatzqualifikation hierzu. 22 psychologische Therapeuten, welche mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen arbeiten dürfen, gibt es in Halle; davon gibt es nur 7, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Im ambulanten Bereich ist leider eine Ausdünnung erfolgt, hier gibt es nur noch 3 Ärzte und davon 1 Arzt, welcher auf diesem Gebiet in Vollzeit arbeitet. § 35a SGB VIII regelt die Zusammenarbeit zwischen Psychiatrie und Jugendhilfe. Innerhalb der PSAG hat sich ein Arbeitskreis entwickelt, bei welchem viele Akteure mitwirken. Dieses Gremium sollte noch mehr genutzt werden. Als Reserve sieht er noch, dass die beiden Bereiche eine Abfrage zu den Betroffenen vornehmen. Die Kinder- und Jugendpsychiatrie sollte noch mehr in die Fallbearbeitung einbezogen werden. Er sprach an, dass bestimmte Regelungen in Halle zum

§ 35a ungünstig getroffen sind, was die Thematik Autismus angeht. Hier sollten die Beteiligten zu einer einvernehmlichen Kostenregelung kommen. Dies möchte er als Anregung verstanden haben, da er dies nicht klären kann. Ihm ist bekannt, dass dies in Leipzig einfacher händelbar ist.

Es stellte sich der Labyrinth e.V. mit seinem Beitrag zum Fachgespräch vor. Der Verein hat vorab Material an die Mitglieder verteilt und bot an, wer Interesse an Handouts zum heutigen Beitrag hat, sich an Frau Kaupke wenden zu können, diese leitet es dann weiter. **Frau Voigt** sprach an, das es Anliegen des Vereins ist, psychisch kranke Menschen bei der Bewältigung ihrer Lebenssituation zu unterstützen. Das Begegnungszentrum soll ein Ort der Begegnung, Auseinandersetzung, Ruhe und Entlastung für diese Menschen sein. Sie werden mit psychisch kranken Eltern und deren Kindern konfrontiert. Der Träger hält eine vielfältige Angebotsstruktur vor: Kontaktcafe (auch an den Wochenenden und Feiertagen geöffnet); Kursangebote und Projekte, Selbsthilfegruppen, Sprechzeiten. Das Kontaktcafe kann ohne Voranmeldung besucht werden. Für die Kurse und Projekte muss eine Voranmeldung erfolgen, da es hier nur begrenzte Platzkapazitäten gibt. Es wird eine sozialpädagogische Familienhilfe angeboten, hier können 12 – 14 Familien betreut werden. Die Erkrankung der Eltern belastet deren Kinder, hier gibt es starke Auffälligkeiten im sozialen Umfeld. 50% der Mütter befanden sich in einer nichtpsychiatrischen Behandlung als sie vom Träger in die Betreuung übernommen worden sind. Es erfolgt oftmals ein krankheitsbedingter Rückzug aus dem sozialen Leben. Für Kinder und Jugendliche muss eine stabile Bezugsperson zur Verfügung stehen. Oftmals erfolgt eine soziale und emotionale Isolation der Kinder und Jugendlichen. Die Familien können das offene Begegnungszentrum LABYRINTH und des Dornröschens nutzen, da dies in einem Haus bei ähnlichen Öffnungszeiten ist. Das BZ ihres Vereins ist seit 1997 Anlaufstelle und kann unverbindlich und ohne formelles Antragsverfahren genutzt werden. Der Sitz ist in der Hallorenstraße 31 a in Neustadt. In der sozialpädagogischen Familienhilfe wurden 3 Schnittstellen heraus gearbeitet. 20-30% der Eltern mit psychischer Erkrankung sind Eltern von minderjährigen Kindern. Eine gute Zusammenarbeit erfolgt auch mit der Villa Jühling, einem Reiterhof in Seeben u.a. Die Situation für Kinder und Jugendliche, die psychologische Hilfe benötigen, ist leider mit langen Wartezeiten verbunden.

Es stellte sich Frau Schliebs vom Projekt „Seelensteine in Halle“ vor. Sitz des Projektes ist in der Huttenstraße 51 in Halle. Träger des Projektes ist das Trägerwerk Soziale Dienste (TWSd). Für das Projekt erfolgte 2007 eine Beantragung von Mitteln bei der „Aktion Mensch“, 70% Finanzierung erfolgt über die Aktion Mensch und 30% über Eigenmittel vom 01.01.2008 – 31.12.2009. Es gibt Standorte des Projektes in Halle, Merseburg und in Bitterfeld. Über eine Leistungsentgeltvereinbarung sind 5 Dipl.-Pädagogen, 2 Kunsttherapeuten und 1 Wirtschaftlerin beschäftigt. Zu den Arbeitsfeldern gehören: Öffentlichkeitsarbeit, Hilfen zur Erziehung, Therapie, Freizeitangebote, Patenschaften/Ehrenamt. Sie schilderte anhand eines Beispiels (Anruf eines Lehrers der sich Sorgen um magersüchtige Schülerin machte), wie schwierig es ist, Hilfsangebote und vor allem auch professionelle Hilfe zu finden. Es bedarf nicht nur der Schnittstellen sondern auch verbindliche Strukturen. Sie kooperieren mit vielen Partnern in der Stadt Halle und dem Landkreis Saalekreis. Es gibt viele Anfragen zu ihrem Projekt, so dass sie mit Seminaren auch bundesweit unterwegs sind. Seit 2010 gibt es auch Familienpaten. Um die Angebote aufrecht erhalten zu können, entstehen Kosten in Höhe von 25.000 Euro. Sie haben 33 Familien in der Betreuung, davon sind 25 nicht in Arbeit. Die Eltern haben nicht nur ihre Erkrankung sondern auch alle anderen Probleme zu bewältigen (Arbeitslosigkeit, alleinerziehend, etc.) Sie beschäftigen sich u.a. damit, welche Auswirkungen die Erkrankung der Eltern auf die Kinder hat. Persönlichkeitsstörungen, Depressionen sind häufige Krankheitsbilder. Erwachsene können sich Hilfe holen, das kann ein Kind nicht. Wenn Kinder keine Erklärung erhalten, was mit ihren Eltern ist, ist dies viel schlimmer für sie. Über Kunsttherapie und Freizeitausflüge wird versucht, die Kinder anders zu erreichen. Z.Zt. sind 18 Kinder in der Kunsttherapie. Große Probleme haben Erstgeborene, da diese sehr viel

Verantwortung und Arbeit in der Familie übernehmen müssen. Wichtig in der Arbeit sind verbindliche Kooperationen und Vernetzungen. Schnittstellen sind die Schulen, die Kitas, der SGB II-Bereich, die Kinder- und Jugendpsychiatrie, die Jugendämter. Sie sprach an, dass sie gern bei der PSAG mitwirken würden oder in anderen Strukturen, die sich mit den Familien, welche noch nicht in psychologischer Betreuung, in Therapien o.ä. drin sind, beschäftigen.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), dankte für die Beiträge zum Fachgespräch und gab noch für kurze Anfragen die Möglichkeit.

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ob es eine Wartezeithebung im ambulanten Bereich hier gibt?

Herr Dipl.-Psych. Rasom antwortete, das es so eine Erhebung nicht gibt. Das müssten die Krankenkassen machen. Er kann nur sagen, was er von den Patienten weiß, wie lange diese warten müssen. Oftmals warten Patienten ½ Jahr bis sie ihren Termin haben und dann passiert es auch, das für ein 5minütiges Gespräch vorher 2 Stunden Wartezeit waren. Bei entsprechenden Kriterien wird stationär sofort aufgenommen, nur die Anschlussbehandlung ist dann nicht mehr sofort gewährleistet. Diese Frage muss an die Krankenkassen gerichtet werden. Er hat allerdings über 1 ½ Jahre auf eine Antwort warten müssen. Er wollte lediglich damals wissen, welche Kollegen in Halle mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Dazu musste er erst nachweisen, wer er ist und vom Amtsarzt dies bestätigen lassen und warum er ein besonderes Interesse an dieser Frage hat. Das ist also alles nicht einfach so mal abzufragen.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte an, ob die Kostenregelung im Fall Autismus ein Problem der Landespolitik ist, wenn dies in Leipzig einfacher geregelt ist?

Frau Brederlow, Amtsleiterin Jugendamt, antwortete, das für das halleische Jugendamt eine Regelung hierzu gefunden wurde, wie damit umgegangen wird. Es gibt in Halle auch eine Autismusambulanz. Die Regelungen in Leipzig müssten angesehen werden, um dies einschätzen zu könne, warum es dort anders läuft.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat darum, dies zu prüfen und würde es als spannendes Thema ansehen.

Herr Dipl.-Psych. Rasom sprach an, das im Land Sachsen-Anhalt die Kostenfrage hin und her geht. Dabei werden die Kinder vergessen, auch die, die still sind. Kinder die schwierig sind werden irgendwo immer erfasst. Kinder, die stumm sind und nicht auffallen, haben es hier bedeutend schwieriger. Da gibt es relativ wenig Möglichkeiten. Die Regelung, dass das Sozialamt die Kosten für Autismus nicht übernimmt findet er unsinnig. Es handelt sich hierbei um eine komplexe Störung, wo das Sozialamt in der Leistungspflicht ist.

Anfrage Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), warum es in Halle so wenig Kinderpsychologen gibt? Ihr ist bekannt, dass zu Zeiten von Prof. Marneros dieser sich dafür eingesetzt hat, dass die Krankenkassen sich einbringen sollen. Welche Erfahrungen gibt es hierzu? Die Krankenkassen sollen sich an der Finanzierung beteiligen.

Frau Elias, Geschäftsführerin Labyrinth e.V. antwortete, das die AOK sich nicht budgetmäßig aber bei unterschiedlichen Angeboten beteiligt. Kursangebote nutzen die Eltern. Mit den anderen Krankenkassen ist es schwieriger, vor allem mit der BARMER gibt es große Probleme. Erste Erfolge sind bei der Zusammenarbeit mit Krankenkassen zu verzeichnen.

Herr Dipl.-Psych. Rasom antwortete zur Frage der Anzahl Kinderpsychologen, das die zugelassenen Kollegen eine Doppelapprobation haben und sagen, das sie mit den Erwachsenen bereits gut ausgelastet sind. Die Krankenkassen gaben die Auskunft, das sie eine 100%ige Auslastung haben, da reagiert die Kostenfrage.

Anfrage Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), wie die starke Zunahme an psychischen Erkrankungen und Auffälligkeiten gesehen wird. Kommen jetzt mehr Fälle an die Öffentlichkeit oder gibt es gesellschaftliche Zustände, die diese bewirken?

Antwort Herr Dipl.-Psych. Rasom, das die Schwere der Störungen zunimmt. Früher war die Zuständigkeit der Klinik anders als jetzt. Das Barbarakrankenhaus ist für das gesamte südliche Sachsen-Anhalt zuständig. Es gibt eine tendenzielle Zunahme besonders hinsichtlich der Stärke der Erkrankung.

Anfrage Frau Wießner, CDU-Fraktion, ob mittlerweile geklärt ist, ob der § 35a dem SGB IX zugeordnet wird oder beim SGB VIII bleibt?

Antwort Frau Brederlow, das alle Kinder, die von einer Behinderung betroffen sind oder eine haben, sollen laut Tendenz zum SGB VIII zugeordnet werden. Grundgedanke ist hierbei, dass diese an einer Stelle zusammen gefasst sind und nicht erst die Zuständigkeit geprüft werden muss. Die Jugendämter schreien nicht hurra, dass dies alles in die Jugendhilfe kommen soll, aber Regeln müssen her.

Anfrage Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, gibt es zur Kostenfrage, die überall ein Thema ist, Unterschiede bei den alten und den neuen Bundesländern?

Antwort der Verwaltung, dass dies nicht so gesehen werden kann.

Anfrage Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Wunsch der Seelensteine zu Halle bzgl. der Einbindung in die PSAG oder anderer Strukturen, kann dies unterstützt werden?

Herr Dipl.-Psych. Rasom antwortete, dass es in der PSAG die Regelung gibt, das hier ein Vertreter der LIGA anwesend ist. Riesenrunden mit vielen Leuten bringen erfahrungsgemäß nichts. Frau Kohl vom DRK arbeitet hier mit den freien Trägern zusammen, an diese kann man sich wenden.

Frau Schliebs, Seelensteine zu Halle, sprach an, das es ihr dabei um die Kinder geht, die noch nicht in der Kinder- und Jugendpsychiatrie erfasst sind. Dies ist eine Zielgruppe, die noch nirgendwo mit drin ist, hier müsste eine Struktur sein. Das hat sie als Anregung gebracht, ohne jemandem zu nahe treten zu wollen.

Frau Brederlow sprach an, dass in der Sitzung im Juli die Psychiatrieplanung hier nochmals eine Rolle spielen soll, da kann das mit angesprochen werden.

Frau Elias, Labyrinth e.V., unterstützte das Anliegen von Frau Schliebs ebenfalls. Sie bat darum, dass dies an Frau Melzig von PSAG mit herangetragen wird.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) sprach an, das örtlich nicht das geleistet werden kann, was vom System ausgeschlossen wird. Es gibt den Krankenkassen gegenüber klare Wünsche. Wenn die Krankenkassen größer hier einsteigen würden, wäre das schön, bis heute gibt es da aber mehr die präventive Arbeit. In den Bundesländern gibt es unterschiedliche Zuständigkeiten mit unterschiedlichen Regelungen. Es müsste eine Entlastung statt Belastung stattfinden.

Die Träger müssen Interesse haben, miteinander hierzu zu kommunizieren. Der örtliche Träger kann nicht überall übernehmen.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), dankte für die Beiträge und die Diskussion hierzu.

zu 6 Beschlussvorlagen

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, das heute keine Beschlussvorlagen zur Behandlung vorliegen.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 9 Mitteilungen

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, das für heute 2 Informationsvorlagen und 1 Bericht unter Mitteilungen anstehen.

zu 9.1 Integrierte Schul-und Hortentwicklungsplanung Vorlage: V/2012/10564

Herr Weiske, Sozialplaner, sprach an, dass in der Stadt Halle (Saale) nachhaltig Infrastruktur entwickelt werden soll. Aktuell gibt es 37 Grundschulen (davon 5 in freier Trägerschaft). Es gibt leicht ansteigende Geburtenzahlen, bis 2015 wird es einen Geburtenanstieg geben. Die Prognose sagt ab 2020 wieder einen Geburtenrückgang vorher, so dass dann das Niveau von heute erreicht ist. An dieser Informationsvorlage hat eine Arbeitsgruppe gearbeitet, welche sich aus Vertretern der Jugendhilfe, Sozialplanung, Stadtplanung, Schulverwaltungsamt und ZGM zusammen gesetzt hat. Als Anlagen sind eine Karte mit den Standorten Grundschule und Horte; die Schulprofile, Handlungsempfehlungen und eine Übersicht freier Schulen enthalten.

Der Übersicht zu den Schulen sind zu entnehmen: Objektdaten zur Schule, Brandschutz, allgemeine Objekteinschätzung, die Entwicklung der Schülerzahlen und die Bestandsfähigkeit der Schule, Hort mit Trägerangabe, Standort und Kapazität und die Auslastung des Hortes und entsprechende Handlungsempfehlungen. Es wurde bei der

Bestandfähigkeit auch die Wirtschaftlichkeit gesehen. Eine 10-Jahres-Prognose ist anhängend zur Schule. Durchschnittlich sind pro Klasse 19 Schüler in Halle. Die Klassenstärke muss aus wirtschaftlichen Gründen erhöht werden. Dies kann nur bei den ersten Klassenstufen erfolgen. Schulische Ressourcen müssen auch wirtschaftlich zur Verfügung stehen. Die größten Herausforderungen gibt es in der nördlichen und südlichen Innenstadt von Halle. Laut der demografischen Entwicklung sind hier die Kapazitätsgrenzen erreicht. Es wird eine weitere Grundschule im Norden von Halle benötigt.

Herr Tobias Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) sprach an, dass dies als Information gedacht ist und zur Kenntnis genommen werden soll. Am 10.05.12 wird das Demografiegutachten vorgestellt. Die Frage Brandschutzprioritäten soll im September im Stadtrat eingebracht werden. Wo muss neu saniert werden? Was soll in den nächsten 10 Jahren und weitergehend erfolgen? Es ist angedacht, auch für die Sekundar- und Förderschulen solch eine Übersicht zu erstellen. Da hier noch Veränderungen durch das Land in dieser Schullandschaft erwartet wird, kommt dies momentan noch nicht.

Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, sprach an, das durch das Land die Klassenstärke definiert wurde und das ist gut so. Er warnt dringend davor, Klassenstärken zu erhöhen, ein Klassendurchschnitt von 20 Schülern ist völlig ausreichend. Hier in der Übersicht müssen die Daten der Grundschulen Rosa Luxemburg und Makarenko erneuert werden (Schulbezirksänderung), dies ist noch der Stand vom 01.03.2012. Die Turnhalle ist gesperrt, also ist der Zustand schlecht.

Herr Weiske sprach an, das angedacht ist, dass diese Übersicht jährlich aktualisiert wird, also wieder zum 01.03.2013. Turnhallen sind oft schlecht, dafür sind die Schulen gut. Deswegen wurden die Turnhallen hier nicht mit aufgeführt.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, lobte die Verwaltung, mit diesen Daten kann man etwas anfangen, das ist gut gelungen.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, lobte ebenfalls die Verwaltung für diese Informationsvorlage. So eine Arbeit wird von der Verwaltung erwartet. Die Frage der Inklusion spielt nach wie vor eine große Rolle, gibt es hier eine Möglichkeit mit dem Land zu verhandeln? Die Kommunen werden hier überfrachtet, wenn keine finanziellen Mittel da sind.

Herr Kogge antwortete, das eine Sitzung mit dem Land zum Thema Inklusion und Schulen stattgefunden hat. Das Land hat hierbei erklärt, das sie auf starke politische Vorgaben warten. Die Umsetzung ist immer noch nicht klar.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) sprach an, dass dies auch die Horte betrifft. Hier findet oftmals eine Doppelnutzung von Räumen statt. Von Seiten des Landes ist in Bezug auf das Kinderfördergesetz (KiFöG) nichts zu sehen. Die 3 Jugendamtsleiter der Großstädte nehmen das als Schwerpunkt für ihre Stellungnahme mit rein. Die Ausgestaltung von Bildung steht im Vordergrund und das nicht nur im Zusammenhang mit Inklusion. Es bedarf der Unterstützung des Landes was Standards angeht und die Frage der Finanzierung und des Personals muss geklärt sein.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), lobte ebenfalls die Verwaltung für diese Vorlage. Sie sprach an, wenn die Diagnostik in den Grundschulen zählt, müsste dies in den Horten genau so gezählt werden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

zu 9.2 Quartalsbericht zu Hilfen zur Erziehung und Kindertagesstätten

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), unterbreitete den Vorschlag den Quartalsbericht der Niederschrift anzuhängen und heute nicht vorzutragen. Sie begründete dies mit der fortgeschrittenen Zeit und der noch anstehenden nichtöffentlichen Beschlussvorlage, welche heute dringend behandelt werden muss. Sie fragte an, ob es Widerspruch zu ihrem Vorschlag gibt oder die Mitglieder mit dieser Verfahrensweise einverstanden sind.

Es erfolgte **kein Widerspruch gegen den Vorschlag** sondern Einverständnis mit der vorgeschlagenen Verfahrensweise: Präsentation als Anhang zur Niederschrift.

zu 9.3 Anträge Auenschule, Kita Traumland/Sausewind und Kita Schimmelstraße im Rahmen des Programms STARK III Vorlage: V/2012/10480

Herr Tobias Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung) sprach an, das sich die Stadt Halle (Saale) mit den Projekten: Grundschule Auenschule; Kita Traumland/Sausewind und Kita Schimmelstraße im Rahmen des Stark III-Programmes bewirbt. Diese entsprechen den Kriterien des Handbuches für die Förderregion Süd. Die Einreichungsfrist beim Land (11.5.12) kann hier eingehalten werden.

Anfrage Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, ob die Bewerbung auf dem Niveau der Informationsvorlage ist oder ob es inhaltliche Konzepte hierzu schon gibt und wenn ja, ob diese mit den Leitern der Schulen und Kindertagesstätten besprochen worden ist.

Antwort Herr Kogge, das die Wünsche zu Stark III und die Realität weit auseinander gehen. Wir hoffen, dass im nächsten Förderjahr das strategisch anders untersetzt werden kann. Konzepte sind nur bedingt ausschlaggebend hierbei.

Anfrage Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wieso die Kita Schimmelstraße bei dieser Finanzierung hier mit dabei ist? Da gab es doch bereits eine Beschlussfassung zu einer Umwidmung von Mitteln.

Antwort Herr Kogge, das es bei Stark III um die Energieeffizienz geht, was bei der damaligen Beschlussfassung keine Rolle spielte. Hier geht es um das Gebäude und nicht um Inhalte.

Am 14.03.12 wurde das Handbuch dazu veröffentlicht und bis Mitte Mai 2012 müssen die Anträge eingereicht sein. Für die Kita Schimmelstraße hat der EB Kita seinen Antrag zurück gezogen, da die U3-Mittel nicht ausgegeben werden konnten.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, das der Träger Kinder- und Jugendhaus e.V. bei der Bewerbung mit der Kita Wirbelwind dabei ist.

Anfrage Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., ob es eine Übersicht gibt, aus welcher ersichtlich ist, wer sich alles hierfür bewirbt?

Antwort Frau Brederlow, Amtsleiterin Jugendamt, dass es die nicht gibt. Das Jugendamt erhält Kenntnis davon, weil das Jugendamt wegen der Demografiefrage eine Stellungnahme zu der jeweiligen Bewerbung mit abgeben muss.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), stellte fest, dass es keine weiteren Anfragen gab und die Informationsvorlage durch den Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis genommen wurde.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) beantragt beim Land fristgerecht Fördermittel aus STARK III für folgende Bildungseinrichtungen:

Grundschule Auenschule
Kita Traumland/Sausewind
Kita Schimmelstraße

Weitere Mitteilungen:

Frau Brederlow teilte mit, dass jetzt der Veröffentlichung der 3 Stellen im KJSZ Klosterstraße zugestimmt worden ist und diese auf der Homepage der Stadt stehen.

zu 10 Themenspeicher

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, dass der aktualisierte Themenspeicher den Mitgliedern zugegangen ist.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, erinnerte daran, das sie angeregt hatte, dass sich der Friedenskreis im JHA mal vorstellt. Dies muss auf dem Themenspeicher aufgenommen werden.

Keine weiteren Anmerkungen.

zu 11 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es gab keine mündlichen Anfragen.

zu 12 **Anregungen**

Es gab keine Anregungen.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), beendete den öffentlichen Teil und sagte eine 10 minütige Pause an.

Pause von 17.55 Uhr – 18.05 Uhr

Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Kaupke
Protokollführerin